Deutschland und der Völkermord in Ruanda: Eine verpasste Chance zu lernen

Sarah Brockmeier

Sarah Brockmeier, geb. 1987, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Global Public Policy Institute (GPPi) und stellvertretende Vorsitzende von Genocide Alert e.V. In beiden Funktionen beschäftigt sie sich mit dem Thema der Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen und der Schutzverantwortung.

Bis kurz vor dem Völkermord war Deutschland einer der größten Geldgeber Ruandas, obwohl deutsche Vertreter vor Ort die Warnzeichen eines massiven Gewaltausbruchs erkannten. Während des Genozids lehnte Deutschland konkrete Anfragen der Vereinten Nationen für Unterstützung ab. In den Vereinten Nationen und den USA wurden durch den Völkermord wichtige Lehren gezogen und Reformen umgesetzt. In Deutschland war das nicht der Fall. Politik und Zivilgesellschaft hätten mehr aus der eigenen unrühmlichen Rolle während des Völkermords lernen können.

Der Völkermord in Ruanda ist in seiner Geschwindigkeit und Brutalität im 20. Jahrhundert unübertroffen. Mindestens 800 000 Menschen kamen im Verlauf von nur 100 Tagen[1] in dem kleinen ostafrikanischen Land zwischen Anfang April und Mitte Juli 1994 vor den Augen der Weltöffentlichkeit ums Leben. Heute besteht weitgehend Konsens, dass die internationale Gemeinschaft das Abschlachten hätte verhindern oder zumindest in seinem Ausmaß erheblich einschränken können. Der Völkermord in Ruanda steht daher heute noch als mahnendes Beispiel für die Folgen von fehlendem politischen Willen bei Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen.

Auch deutsche Politiker beziehen sich darauf, um ein stärkeres außen- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands anzumahnen. Nicht nur Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen erinnerte in der Diskussion zu deutschen Beiträgen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik im Februar 2014 an Ruanda: »Auch Nichthandeln kann zur Katastrophe führen. Vor 20 Jahren hat zu langes Abwarten in Ruanda zu einer Million Opfern geführt, das ist ein schreckliches Beispiel.«[2] Ihr Amtsvorgänger, Thomas de Maizière, formulierte es ein Jahr zuvor so: »Ebenso sehr, wie wir mit der Entscheidung zum militärischen Eingreifen Schuld auf uns laden können, kann das auch gelten für die Entscheidung, nicht militärisch einzugreifen. Beim Völkermord 1994 in Ruanda zum Beispiel ist das offenkundig geworden. Innerhalb von 100 Tagen wurden über 800 000 Menschen getötet. Und wir haben zugeschaut. Heute sind wir uns wohl einig, dass es ein Fehler war, der Gewalt nicht militärisch entgegen zu treten.«[3]

Das Sekretariat der Vereinten Nationen sowie die USA, Frankreich und Belgien trugen ungleich mehr Verantwortung für die katastrophalen Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft während des Völkermords als Deutschland. Zu Recht standen sie in den letzten 20 Jahren unter Druck, aus den damaligen Fehlern zu lernen. Frankreich ist in dieser Hinsicht kein gutes Beispiel. Es hat 15 Jahre gebraucht, um sich für die eigene Verwicklung in den Völkermord zu entschuldigen. Doch insgesamt haben andere Akteure, vor allem das UN-Sekretariat und die USA, deutlich mehr aus den eigenen Fehlern in Ruanda gelernt als Deutschland.

Dabei gab es genug, aus dem man hätte lernen können. Deutschland war der größte Geldgeber in Ruanda im Jahr 1993 und unterstützte die Regierung von Juvénal Habyarimana bis zuletzt, obwohl Deutsche vor Ort die Gefahr eines massiven Gewaltausbruchs erkannten. Während des Völkermords lehnte Deutschland konkrete Anfragen der Vereinten Nationen für Unterstützung ab. Danach wurde die Bundesrepublik wieder einer der wichtigsten Geldgeber der neuen ruandischen Regierung, arbeitete aber nie die eigene Rolle vor und während des Genozids auf. Im Folgenden wird der deutsche Umgang mit dem Völkermord in Ruanda dargestellt und der Lernprozess in Deutschland mit den Reformen in den Vereinten Nationen und den USA verglichen. Die deutsche Politik, aber auch die deutsche Zivilgesellschaft, so das Ergebnis, hätten mehr aus der eigenen Rolle in Ruanda lernen können.[4]

Deutschland und der Völkermord in Ruanda

Ungenutzte Chancen zur Früherkennung

Deutschland und Ruanda verbindet eine lange und enge Zusammenarbeit. Von 1885 bis 1916 war Ruanda Teil des deutschen Kolonialgebiets in Ostafri-

1 Gemeinhin wird als Beginn des Völkermords die Nacht vom 6. auf den 7. April 1994 angesehen, kurz nachdem das Flugzeug mit den Präsidenten Ruandas und Burundis abstürzte. Als Ende gilt der 17. Juli, als die Rebellenarmee RPF in die ruandische Hauptstadt Kigali einmarschierte. Eine der detailliertesten Beschreibungen des Völkermords findet man bei: Alison Des Forges, Kein Zeuge darf überleben: Der Genozid in Ruanda, Hamburg, Oktober 2002.

2 Ein Kampfeinsatz kommt für uns nicht in Frage – Ursula von der Leyen im Gespräch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.2.2014.

3 Rede des Ministers bei der Heinrich-Böll-Stiftung, 25.2.2013.

4 Die Autorin dankt Philipp Rotmann für hilfreiche Kommentare zu diesem Beitrag.

ka. Im Jahr 1994 war die Bundesrepublik in Ruanda neben der Botschaft mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), einer Beratergruppe der Bundeswehr, dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), politischen Stiftungen sowie dem Verbindungsbüro der schon seit 1982 bestehenden Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda vertreten. Im Jahr vor dem Genozid war Deutschland der größte Geber des Landes mit Entwicklungsgeldern von 38,6 Mio. US-Dollar.[5]

Den Deutschen vor Ort war die kritische Lage bewusst, wie zahlreiche Augenzeugenberichte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Entwicklungsorganisationen zeigen.[6] Doch der Informationsfluss zwischen den deutschen Stellen vor Ort und dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Bonn war so schlecht, dass Deutschland jegliche Chancen für eine frühzeitige Reaktion verpasste. Informationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Entwicklungsorganisationen sowie der Bundeswehrberatergruppe über die Verteilung von Waffen im Land, gezielte Ermordungen, Hasspropaganda gegen die Tutsi und die Gefahr großangelegter Massaker kamen im Auswärtigen Amt und im BMZ nicht an, weil sie an entscheidenden Schaltstellen nicht weitergeleitet wurden.[7] Die Botschaft hielt nicht nur Informationen zurück, sondern beschönigte die Lage vor Ort: Noch im Herbst 1993 schätzte der deutsche Botschafter Dieter Hölscher nach Aussage des SWR-Journalisten Arndt Peltner die Lage so ein, dass »der Wahrung der Menschenrechte zunehmend Bedeutung beigemessen werde und das Land sich auch politisch auf dem Weg zu wesentlichen Elementen einer westlichen Demokratie befinde«.[8] Jene Informationen, die dennoch in Bonn ankamen, wurden dort weder systematisch zusammengeführt noch analysiert. Die Bundesregierung wurde schließlich »vom Völkermord überrascht, obwohl entsprechende Informationen zur Verfügung standen«, so formuliert es ein späterer Bericht des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE).[9]

Statt umzusteuern und die umfangreiche Unterstützung für die Habyarimana-Regierung einzustellen, erhöhte die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe in den Jahren vor dem Völkermord. Darüber hinaus ließ sie die Gruppe von Bundeswehrberatern vor Ort, die die ruandische Armee mit Ausstattung und Schulungen unterstützte. Außerdem exportierte sie zwischen 1985 und 1994 »Schußwaffen für Jagd- und Sportzwecke« im Wert von 340 000 DM in das Land.[10] Statt sich bei den europäischen Partnern für eine kritischere Politik gegenüber der Regierung einzusetzen, hielt sich Deutschland politisch an die ehemalige Kolonialmacht Belgien und an Frankreich, einen der engsten Verbündeten des ruandischen Regimes.

Fehlanalyse der Situation und Absage an die Vereinten Nationen

Nach Beginn des Völkermords in der Nacht zum 7. April beschränkten sich die Maßnahmen der Bundesregierung auf folgende: Bereitstellung humanitärer Hilfe, Unterstützung einiger Erklärungen der EU und diplomatischer Bemühungen der Nachbarstaaten Ruandas sowie Unterstützung der Einberufung der Sondertagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen am 24./25. Mai 1994. Im Gegensatz zu Frankreich, wo der Druck auf die Regierung wuchs, gab es in Deutschland zu keiner Zeit öffentlichen Druck auf die Bundesregierung für ein stärkeres Engagement in Ruanda. Im Bundestag wurde der Völkermord nur zwei Mal in kurzen Wortwechseln zwischen dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer und einzelnen Abgeordneten ausdrücklich angesprochen.[11]

Im Gegensatz zu Frankreich, wo der Druck auf die Regierung wuchs, gab es in Deutschland zu keiner Zeit öffentlichen Druck auf die Bundesregierung für ein stärkeres Engagement in Ruanda.

Als Thomas de Maizière an die Fehler in Ruanda erinnerte, fügte er hinzu: »Es gab damals auch weniger Fernsehbilder. Spielt das eine Rolle?«[12] In Wirklichkeit berichteten deutsche Medien regelmäßig und mit drastischen Details über die Grausamkeiten in Ruanda.[13] Allerdings stellten deutsche Journalisten,

5 Anton Baaré/David Shearer/Peter Uvin, The Limits and Scope for the Use of Development Assistance Incentives and Disincentives for Influencing Conflict Situations. Case Study: Rwanda. Development Assistance Committee Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Cooperation. OECD, Paris 1999, S. 48.

6 Rudolf Fischer/Gerlinde Fischer, Inseln der Hoffnung in schwieriger Zeit, Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda 1982–2002, www.rlp-ruanda.de/userfiles/file/4_1.pdf sowie Arndt Peltner, ›Dass es knallte, bekam man mit‹ – Die Deutschen und der Genozid in Ruanda, SWR2-Feature, 3.7.2013; Ruanda-Experte [Helmut Asche] im Interview, ›Weghören, Wegsehen‹, Der Spiegel, 7.4.2004, www.spiegel.de/politik/ausland ruanda-experte-im-interview-weghoeren-wegsehen-a-294424.html

7 Peltner, a.a.O. (Anm. 6); Telefoninterview der Autorin am 19.12.2013 mit Professor Jürgen H. Wolff, Autor der Studie Jürgen H. Wolff/Andreas Mehler, Hauptbericht zur Evaluierung ›EZ-Wirkungen in Konfliktsituationen‹, Fallstudie Ruanda, Bochum und Hamburg 1999.

8 Peltner, a.a.O. (Anm. 6), S. 10.

9 Stephan Klingebiel, Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen: Querschnittsbericht zu Evaluierungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in sechs Ländern, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn 1999, S. 11.

10 Plenarprotokoll 12/218, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 218. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 13. April 1994, S. 18902.

11 Plenarprotokoll 12/225, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 225. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 28. April 1994, S. 19423–19424. Plenarprotokoll 12/228, Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht 228. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 19. Mai 1994, S. 19765–19767.

12 Rede des Ministers, a.a.O. (Anm. 3).

13 Siehe zum Beispiel: Die Blutschleusen sind geöffnet, Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.4.1994; Erich Wiedemann, Die Hacker sind überall, Der Spiegel, 9.5.1994.

wie viele ihrer internationalen Kollegen, den Bürgerkrieg zwischen Tutsi-Rebellen und der Hutu-Regierung in den Mittelpunkt der Berichterstattung und führten die Gräueltaten auf alte »Stammesfehden« zurück.[14] Auch die Bundesregierung konzentrierte sich gemeinsam mit den europäischen Partnern auf den Wiederausbruch des Bürgerkriegs, nicht auf den geplanten und organisierten Völkermord an der Tutsi-Minderheit, der gleichzeitig stattfand.[15]

Die Bundesregierung sagte die Transall zu, entschied sich aber gegen das Sanitätskontingent. Sie begründete die Entscheidung mit der gefährlichen Sicherheitslage in Ruanda.

Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel betonte in seinen Reden in den Monaten während des Genozids, Deutschland müsse mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen übernehmen und erhebe den Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. In einer Rede am 13. April 1994 in Bonn lobte er die Organisation zum Beispiel als den »zentralen Friedenshüter der Menschheit« und betonte: »Deutschland kann hierbei nicht abseits stehen, es muß herunter von der Zuschauertribüne. Verlangt sind Realismus, pragmatische Interessenabwägung, Partnerschafts- und Bündnisfähigkeit.«[16] Nachdem sich der UN-Sicherheitsrat am 17. Mai 1994 nach wochenlangem Stillstand auf die Erhöhung der Mandatsobergrenze der UN-Mission in Ruanda (UNAMIR) geeinigt hatte, suchte das UN-Sekretariat händeringend nach Truppen. Doch kein westlicher Staat wollte welche stellen. Die UN baten die Bundesregierung Mitte Mai 1994, eine Transall für den Transport humanitärer Hilfsgüter nach Kigali zur Verfügung zu stellen. Ferner baten sie um ein Sanitätskontingent von 100 Soldaten, ein Feldlazarett und 50 Transportfahrzeuge. Die Bundesregierung sagte die Transall zu, entschied sich aber gegen das Sanitätskontingent. Sie begründete die Entscheidung mit der gefährlichen Sicherheitslage in Ruanda. Die Transall kam erst nach Ende des Völkermords für humanitäre Hilfsflüge nach Ruanda zum Einsatz.[17]

Die Aufarbeitung durch eine unabhängige interne Untersuchungskommission führte innerhalb des UN-Sekretariats zu konkreten Veränderungen.

Deutschland und Ruanda nach dem Völkermord

Nach dem Völkermord nahm die Bundesregierung als erste Regierung überhaupt die Zusammenarbeit mit der neuen – von den ehemaligen Tutsi-Rebellen eingesetzten – Regierung auf. Seitdem ist Deutschland wieder einer der wichtigsten Geldgeber des Landes.[18] Die beträchtliche deutsche Entwicklungshilfe von mehr als 260 Millionen Euro seit 1994[19] für die Regierung Paul Kagames ist allerdings umstritten. Menschenrechtsorganisationen werfen der neuen Regierung unter anderem vor, sie hätte eigene Menschenrechtsverletzungen während und nach dem Völkermord nie aufgearbeitet und sei mit ihrer Unterstützung für Milizen im Osten Kongos für Gräueltaten an der dortigen Zivilgesellschaft verantwortlich.[20]

Ein wichtiger Aspekt der deutsch-ruandischen Beziehungen seit 1994 sind zwei Strafprozesse in Deutschland, die mit dem Völkermord in Verbindung stehen. Am 18. Februar 2014 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt Onesphore Rwabukombe, einen ehemaligen Bürgermeister in Ruanda, zu 14 Jahren Haft wegen Beihilfe zum Völkermord. Vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht läuft ein Verfahren gegen Anführer der Milizengruppe Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR), die im Osten Kongos die Zivilgesellschaft terrorisiert und zu Teilen aus ehemaligen Völkermördern besteht. Menschenrechtsorganisationen begrüßten die Gerichtsprozesse als ein Zeichen gegen die Straflosigkeit.

Lernprozesse in den Vereinten Nationen und den USA

Auch und vor allem die Vereinten Nationen und ihre mächtigsten Mitgliedstaaten reagierten in den Jahren und Monaten vor dem Völkermord nicht rechtzeitig auf Warnzeichen. Das ›Genocide Fax‹ des Kommandeurs der UN-Mission vom Januar 1994 an New York hat inzwischen traurige Berühmtheit erlangt.[21] Das UN-Sekretariat gab die darin enthaltenden Warnungen Roméo Dallaires vor möglichen großangelegten Massakern noch nicht einmal an den Sicherheitsrat weiter.[22] Doch die Aufarbeitung durch eine unabhängige interne Untersuchungskommission, die in ihrem Bericht von 1999 das Versagen der Organisation detailliert beschrieb, führte innerhalb des UN-Sekretariats zu konkreten Veränderungen. Der Brahimi-Bericht im Folgejahr machte wichtige Reformvorschläge für das UN-Friedensicherungssystem. Im Jahr 2004 richtete Generalsekretär Kofi Annan den Posten eines Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord ein. Dieser hat das Mandat, das Sekretariat und den Sicherheitsrat von Situationen in Kenntnis zu setzen, in denen es zu einem Völkermord kommen könnte. Das Büro des Sonderberaters hat seitdem einen detaillierten Katalog von Frühwarnindikatoren und ein Analyseraster ent-

14 Gudrun Honke/Sylvia Servaes, Europas Blick auf Afrikas Katastrophen: der Krieg in Ruanda in der deutschen Presse, Zeitschrift für Kulturaustausch, 44. Jg., 3/1994, S. 343–349.

15 Karen E. Smith, Genocide and the Europeans, Cambridge 2010, S. 170.

16 Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel vor der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, Auswärtiges Amt, Bonn, 13.4.1994, S. 4.

17 UNO-Anfrage in Bonn unterschiedlich beurteilt, SZ, 19.5.1994.

18 Baaré/ Shearer/Uvin, a.a.O. (Anm. 5),S. 48.

19 Auswärtiges Amt, Ruanda. Beziehungen zu Deutschland, Berlin 2013.

20 Amnesty International, Jahresbericht 2012: Ruanda, Berlin 2012; Human Rights Watch, Gacaca-Gerichte hinterlassen zwiespältiges Erbe, Berlin, 31.5.2011; Human Rights Watch, US Should Urge Support Rwanda to End Support to M23, 20.11.2012.

21 Philip Gourevitch, The Genocide Fax, The New Yorker, 11.5.1998.

22 Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission zum Verhalten der Vereinten Nationen während des Völkermords in Ruanda 1994: UN Doc. S/1999/1257 v. 16.12.1999.

wickelt, auf deren Grundlage es wöchentliche und monatliche Berichte über Risikosituationen erstellt. Der Generalsekretär und das Sekretariat sprechen inzwischen bei Fällen von Massenverbrechen, wie zuletzt in Südsudan oder der Zentralafrikanischen Republik, deutlicher die Konsequenzen an, wenn die Mitgliedstaaten zu langsam reagieren oder die benötigten Truppen nicht zur Verfügung stellen.[23]

In den USA sind heute einige Personen in wichtigen Positionen, für die die Erfahrung des amerikanischen Versagens in Ruanda prägend waren – unter ihnen die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice und UN-Botschafterin Samantha Power.[24] In den letzten Jahren setzten sie durch, dass die USA systematischer Frühwarnindikatoren sammeln und analysieren. Alle Geheimdienste müssen seit dem Jahr 2010 das Risiko für mögliche systematische Menschenrechtsverletzungen in ihren Berichten aufführen. Ein ressortübergreifendes ›Atrocities Prevention Board‹ bespricht mindestens einmal im Monat Handlungsoptionen und Reaktionsmöglichkeiten für die zwölf Länder, die nach den Informationen der Geheimdienste, Botschaften und Entwicklungsorganisationen am meisten gefährdet sind.[25]

Eine intensive Beschäftigung mit den eigenen Fehlern in Ruanda führte in den USA, insbesondere im Jahr 2004, als im sudanesischen Darfur schwere Menschenrechtsverbrechen stattfanden, zu einer starken zivilgesellschaftlichen Mobilisierung zum Thema Verhütung von Massenverbrechen. Sie ist seitdem zu einer veritablen ›Anti-Völkermord-Lobby‹ angewachsen, die aus Studentenvereinen, Menschenrechtsgruppen, Kongressabgeordneten beider Parteien, Hollywood-Stars, religiösen Gruppen, Holocaust-Überlebenden und wichtigen politischen Persönlichkeiten besteht.[26] Eine von den Aktivisten häufig zitierte Anekdote zur amerikanischen Reaktion auf den Völkermord wird dabei immer wieder hervorgehoben: die Kongressabgeordnete Patricia Schroeder erzählte einem Journalisten, dass sie während des Genozids hunderte Anrufe von Wählern erhielt, die sich um die Situation der Gorillas in Ruanda sorgten. Selten erkundigte sich jemand nach den Menschen, so Schroeder.[27] Die Aktivisten haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Situationen von schwersten Menschenrechtsverletzungen ihre Volksvertreter anzurufen und mit Kampagnen politischen Druck aufzubauen.

Der Lernprozess in Deutschland

Für den ehemaligen und neuen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier bleiben die Namen Ruanda und Srebrenica die »mahnende Verpflichtung, solche Fehler nicht zu wiederholen«[28]. Es ist bezeichnend, dass Steinmeier, von der Leyen und de Maizière den Völkermord in Ruanda nur dann heranziehen, wenn sie über Militärinterventionen sprechen. Über den Wert von Frühwarnung und einer angemessenen Situationsanalyse könnten deutsche Politiker ebenfalls sprechen, hätten sie sich detailliert mit der Rolle Deutschlands vor und während des Genozids auseinandergesetzt. In Deutschland wurden eigene Versäumnisse in Ruanda nie gründlich aufgearbeitet. Eine interne Evaluierung des BMZ führte zusammen mit Evaluierungen der deutschen Entwicklungshilfe in fünf anderen Konfliktländern zu einem Katalog von Indikatoren für allgemeine Krisenfrühwarnung, den das BMZ seit dem Jahr 2000 jährlich einmal anwendet. Jedoch wird hier genauso wenig zwischen allgemeiner Konfliktprävention und der Verhinderung von systematischen Massenverbrechen differenziert, wie es die Bundesregierung während des Völkermords in Ruanda tat. Etwas stärker auf die Prävention schwerster und systematischer Menschenrechtsverletzungen ausgerichtet war eine Reformmaßnahme im Auswärtigen Amt: Aufgrund einer Initiative der Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Christa Nickels, und Diskussionen in Bezug auf Darfur wies das Auswärtige Amt im Jahr 2004 alle Botschaften an, in ihren Berichten eine Liste von konkreten Fragen zu »sich abzeichnenden systematischen Menschenrechtsverletzungen« zu beantworten.[29] Diese Berichtspflicht wurde allerdings nach 2004 wieder abgeschafft – bezeichnend für die politische Priorität dieses Themas. Erst im Jahr 2013 wurde sie wieder eingeführt. Bis heute werden die Informationen, die das BMZ und das Auswärtige Amt separat erhalten, an kei-

Eine intensive Beschäftigung mit den eigenen Fehlern in Ruanda führte in den USA zu einer starken zivilgesellschaftlichen Mobilisierung zum Thema Verhütung von Massenverbrechen.

In Deutschland wurden eigene Versäumnisse in Ruanda nie gründlich aufgearbeitet.

23 So warnte der UN-Generalsekretär zuletzt im Zusammenhang mit Diskussionen zur Zentralafrikanischen Republik: »Wir müssen zu den an diesem Tisch gegebenen Versprechen stehen, nämlich im Angesicht eines solchen Blutvergießens schnell und entschlossen zu handeln. Wir können nicht für uns beanspruchen, wir würden uns um Massenverbrechen kümmern, uns aber dann der Verantwortung entziehen, wenn es wirklich gilt, diese zu verhüten«, UN Press Release SG/SM/15644, SC/11281, 14.2.2014.

24 Patrick Rosenow, Von Rice zu Power – die UN-Botschafterinnen unter Barack Obama, Vereinte Nationen, 5/2013, S. 210–215.

25 Sarah Brockmeier/Gerrit Kurtz/Philipp Rotmann, Schutz und Verantwortung – Über die US-Außenpolitik zur Verhinderung von Gräueltaten, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, Juni 2013, S. 48.

26 Brockmeier/Kurtz/Rotmann, a.a.O. (Anm. 25), S. 22.

27 Samantha Power, Bystanders to Genocide, The Atlantic, September 2001.

28 Frank-Walter Steinmeier, ›There shall be no violence‹ – Hoffnung und Dilemma der ›responsibility to protect‹, in: Michael Bäuerle/Philipp Dann/Astrid Wallrabenstein (Hrsg.), Demokratie-Perspektiven: Festschrift für Brun-Otto Bryde zum 70. Geburtstag, Tübingen 2013, S. 729–740, hier S. 738.

29 Auszug aus Runderlass zur Berichterstattung der Auslandsvertretungen über die Menschenrechtslage im Gastland, 16.12.2004 (im Besitz der Autorin); Brockmeier/Kurtz/Rotmann, a.a.O. (Anm. 25), S. 123.

ner Stelle systematisch zusammengeführt oder analysiert. Weder der Ressortkreis Zivile Krisenprävention noch die inzwischen eingesetzten ressortübergreifenden ›Task Forces‹ widmen sich der Zusammenführung und Analyse von Frühwarnindikatoren zu Massenverbrechen wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Gerade heutige Diskussionen zu Südsudan oder der Zentralafrikanischen Republik zeigen, wie wenig sich die deutsche Debatte zur Unterstützung der Vereinten Nationen in Fällen von schwersten Menschenrechtsverletzungen entwickelt hat.

Deutschland unterstützte in den letzten 20 Jahren Reformen im Bereich der UN-Friedensmissionen, die direkt aus dem Versagen der Organisation in Ruanda folgten. Gerade heutige Diskussionen zu Südsudan oder der Zentralafrikanischen Republik zeigen aber, wie wenig sich die deutsche Debatte zur Unterstützung der Vereinten Nationen in Fällen von schwersten Menschenrechtsverletzungen entwickelt hat. Trotz Kinkels Erkenntnis aus dem Jahr 1994, dass die Vereinten Nationen auch die personellen und logistischen Fähigkeiten Deutschlands brauchen, werden diese auch heute noch sehr begrenzt durch die Bundesrepublik zur Verfügung gestellt.[30]

Hier lohnt sich auch ein Vergleich mit der Debatte um die Unterstützung der Vereinten Nationen in Ruanda 1994. Die Diskussion um die Sanitätssoldaten war kurz – bereits einen Tag nach der offiziellen Anfrage erhielten die Vereinten Nationen eine Absage. Kinkel hätte ein solches Engagement grundsätzlich unterstützt und sagte, man dürfe nicht »abseits stehen« bei einem Völkermord.[31] Die Gegner der Entsendung, allen voran der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe, argumentierten, die Bundeswehr wäre mit einem solchen Einsatz materiell und personell überfordert. »Außerdem seien die deutschen Interessen nicht erkennbar, die militärische Lage verworren und deshalb gefährlich«, so zitierte die Süddeutsche Zeitung im Mai 1994 aus »militärischen Kreisen«[32].

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten könnte zu der Erkenntnis führen, dass sich ein stärkeres Engagement für die Verhinderung von Völkermord lohnt.

Nach dem Völkermord machte Kinkel in einer Rede bei der DGAP am 24. August 1994 deutlich: »Die UNO braucht die besonderen personellen und logistischen Möglichkeiten der großen Industrienationen. Dazu gehört die Bereitschaft, Aggressionen oder schweren Menschenrechtsverletzungen notfalls auch mit militärischer Gewalt entgegenzutreten.«[33] Aber gleichzeitig warnte er: »Der Ruf, militärisch einzuschreiten, ist schnell erhoben. Ruanda ist ein gutes Beispiel: Dort erschüttert uns erneut eine menschliche Tragödie bisher nicht gekannten Ausmaßes. In Somalia haben wir jedoch erlebt, wie schnell der Ruf ›jetzt aber nichts wie raus‹ nachfolgen kann. Ich kann deshalb vor unüberlegten Aktionen nur warnen.«[34]

Fazit

Eigeninitiative und eine gewichtige politische Rolle vor und während des Genozids hätten weder dem damaligen politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik noch den Erwartungen der Verbündeten entsprochen. 20 Jahre später, in einer anderen außen- und sicherheitspolitischen Rolle in Europa und der Welt, ließen sich jedoch immer noch wichtige politische Lehren aus den damaligen Handlungen der Bundesregierung ziehen – nicht zuletzt bei der Entscheidung für oder gegen ein stärkeres Engagement in den UN-Friedensmissionen. An konkreten Vorschlägen für eine gestärkte deutsche Außenpolitik zur Verhinderung von Massenverbrechen mangelt es nicht.[35] Was fehlt, ist der politische Druck, um die Vorschläge umzusetzen. Die starke Vereinfachung komplexer Krisen von manchen amerikanischen NGOs schadet mehr als sie nutzt. Aber deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen zogen gar keine erkennbaren Lehren aus dem Völkermord. Zwar gibt es große kirchliche und menschenrechtspolitische Organisationen, die sich mit Konfliktbearbeitung und Menschenrechten beschäftigen. Aber von dem Grad an Mobilisierung und politischem Druck, den vergleichbare Organisationen in den USA ausüben, ist die deutsche Zivilgesellschaft weit entfernt.[36] Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten während des Völkermords in den Medien, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen könnte auch heute noch in der deutschen Zivilgesellschaft zu der Erkenntnis führen, dass sich ein stärkeres Engagement für die Verhinderung von Völkermord lohnt. Auch deutsche Politikerinnen und Politiker haben Telefonnummern.

30 Siehe z.B. Ekkehard Griep/Winfried Nachtwei, Für eine politische Aufwertung der VN-Friedenssicherung in Deutschland – Ungenutze Chancen im VN-Peacekeeping nutzen, DGVN Policy Paper, 1/2011.

31 UNO-Anfrage in Bonn unterschiedlich beurteilt, SZ, 19.5.1994.

32 Ebd. und Bonn: Keine Sanitäts-Soldaten nach Ruanda, SZ, 20.5.1994.

33 Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Deutsche Außenpolitik in einer neuen Weltlage, Bonn, 24.8.1994, S. 8ff.

34 Ebd.

35 Vergleiche u.a.: Brockmeier/Kurtz/Rotmann, a.a.O. (Anm. 25), S. 117–119.; Sarah Brockmeier/Yvonne van Diepen, Die Schutzverantwortung wirkt: Kenias Wahlen als Erfolg der Prävention, DGVN Policy Paper, 1/2013, S. 5–6.; Genocide Alert, Human Rights Watch und Gesellschaft für bedrohte Völker, Die Schutzverantwortung umsetzen: Deutschland braucht einen RtoP-Bestandsbericht, Berlin, September 2012; Gregor Hofmann/Robert Schütte, Genocide Alert Policy Brief 11/2013: Eine Agenda zur Umsetzung der Schutzverantwortung bis 2017, Berlin, November 2013; Global Centre for the Responsibility to Protect, Open Letter to all UN Member States Re: The ›Genocide Fax‹ and the 20th Commemoration of the Rwandan Genocide of 1994, New York, 10.1.2014.

36 Brockmeier/Kurtz/Rotmann, a.a.O. (Anm. 25), S. 119.